

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Siegfried Vergin MdB zum 60. Jahrestag der Machtübertragung an Adolf Hitler: Wachsam sein, den Rechtsstaat bewahren.

Seite 1

Dr. Margrit Wetzel MdB zur Notwendigkeit, einer komplexen Vorbeugung gegen Ök Katastrophen: Die Risiken des Tankergeschäfts begrenzen.

Seite 2

Klaus Hänsch MdEP zu den EG-kritischen Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten: Verhandlungstisch nicht zum Stammtisch mutieren lassen.

Seite 4

Judith Pauly-Bender MdL zu einem Appell an die gemeinsame Kommission Verfassungsreform von Bundestag und Bundesrat: Prinzip "gewaltfreier Erziehung" in Verfassung aufnehmen.

Seite 5

Dr. h.c. Annemarie Renger zum Gedenken an Hermann Schmitt-Vockenhausen: Fähiger Innenpolitiker und volkstümlicher Demokrat.

Seite 6

48. Jahrgang / 20

29. Januar 1993

Wachsam sein, den Rechtsstaat bewahren Zum 60. Jahrestag der Machtübertragung auf Adolf Hitler

Von Siegfried Vergin MdB

Am 30. Januar 1933 übertrug Reichspräsident von Hindenburg dem Führer der stärksten Partei im Deutschen Reichstag, Adolf Hitler, und seinem Koalitionskabinett die Regierungsverantwortung. Er konnte sich dabei auf eine breite Basis, insbesondere im Lager der bürgerlichen deutschen Rechten, und die Zustimmung einflussreicher gesellschaftlicher Eliten und Institutionen stützen, die zwar nicht alle bedingungslose Anhänger Adolf Hitlers, aber von der Notwendigkeit einer "nationalen Revolution" zur Errichtung eines "starken Staates" und Abkehr von dem "westlich-liberalen" Politikmodell überzeugt waren.

Angesichts der historischen Abläufe macht es wenig Sinn, von einer "Machtergreifung" Hitlers zu sprechen, die einen Staatsstreich der Nationalsozialisten gegen eine demokratisch gewählte Regierung assoziieren könnte. Zutreffender ist es, wie der Soziologe Arno Klönne feststellt, bei den Vorgängen von Anfang 1933 bis einschließlich März 1933 von einer "Übertragung der diktatorischen Macht auf ein von Hitler geführtes deutschnational-nationalsozialistisches Bündnis" zu sprechen.

Bereits im November 1932 forderte eine Petition prominenter Leute aus Wirtschaft und Bankenwesen den Reichspräsidenten auf, eine "vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängige", staatsautoritäre neue Regierung einzusetzen und dem Führer der größten nationalen Gruppe (bei der Reichstagswahl lag die NSDAP mit 33,1 Prozent der Stimmen weit vor den anderen Parteien) die Leitung zu übertragen.

Vor dem Hintergrund rechtsradikaler Gewalt in der heutigen Bundesrepublik wird häufig ein Vergleich zu "Weimar" angestellt. Führt man sich die historische Entwicklung vor Augen, so ist die deutsche Gegenwart jedoch weit entfernt von den Kräfteverhältnissen, die 1933 die "nationale Revolution" in Deutschland herbeiführten. Während die große Mehrheit der bürgerlichen Schichten den ersten demokratischen Staat in Deutschland, die Weimarer Republik, innerlich nicht akzeptiert hatte, schätzt die Mehrheit der Deutschen heute durchaus die Demokratie. In den gesellschaftlichen Einrichtungen und Verbänden sind - anders als vor 1933 - mehrheitlich Menschen, die freiheitliche, rechtsstaatliche politische Verhältnisse jeder Diktatur vorziehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichen D 10000
mitverwendet K 10000
Regelungs-Papier



Der "real existierende Sozialismus" hat inzwischen abgewirtschaftet, so daß die in den dreißiger Jahren weit verbreitete Angst vor einer "bolschewistischen Machtübernahme" bzw. "proletarischen Diktatur" gegenstandslos ist. Während in "Weimar" die obrigkeitstaatliche Tradition des Kaiserreiches nachwirkte, bei der Gehorsam als absolute Tugend und Zivilcourage als etwas Undeutsches galt, machen insbesondere junge Leute in Deutschland heute von ihrem demokratischen Recht auf Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit durchaus Gebrauch. Dies hat sich bei den Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit in erfreulicher Weise gezeigt.

Erschrecken muß uns aber die hohe Zahl von Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren, die Bereitschaft zur Gewalt gegen Ausländer und andere Minderheiten zeigen. Die Gründe sind vielfältig und können an dieser Stelle nicht analysiert werden. Hier ist nicht nur der Staat, sondern die Gesellschaft insgesamt gefordert. Der Rechtsstaat steht vor der Bewährungsprobe. Wir brauchen keine neuen Gesetze, wir müssen nur die Gesetze gegen Gewalttäter mit aller Schärfe anwenden. "Weimar ist nicht zugrunde gegangen am Mangel an Vorschriften oder Strafbestimmungen", so Hans-Jochen Vogel Ende letzten Jahres vor dem Deutschen Bundestag. "Daran hat es nicht gefehlt. Gemangelt hat es zuletzt an Demokraten, an Menschen, die sich für die Demokratie und ihre Verfassung engagiert haben". Deshalb muß unsere Devise sein: Sich einmischen statt wegschauen, wo immer Unrecht geschieht.

Dies gilt sowohl für die politische Führung, als auch für die Menschen auf der Straße. Fremdenhaß ist Menschenhaß. Jeder Angriff auf einen Bürger jüdischen Glaubens, jeder Angriff auf einen Ausländer oder Asylbewerber ist ein Angriff auf unsere Verfassung, auf unsere Demokratie, ein Angriff auf uns selbst gemäß dem Wort Martin Niemöllers, daß am Ende niemand mehr protestiert, wenn wir selbst Verfolgung ausgesetzt sind. Toleranz im Denken und Handeln sind die Grundlagen einer modernen, demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Klar muß sein: wer sie mißachtet, greift die Fundamente unseres Staates an.

Der verstärkte Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber rechtsextremen Gewalttätern in den letzten Wochen und die Lichterketten in verschiedenen Großstädten Deutschlands sind ermutigend. Doch es gilt weiter, wachsam zu sein, und wo nötig, für die Bewahrung des Rechtsstaates zu handeln.

(-/29. Januar 1993/rs/fr)

Die Risiken des Tankergeschäfts begrenzen

Zur Notwendigkeit, einer komplexen Vorbeugung gegen Ölkatastrophen

Von Dr. Margrit Wetzel MdB

Der weltweite Unterbietungswettbewerb in der Seeschifffahrt, vor allem durch unter Billigflaggen operierenden Reedern, führt auch im Tankergeschäft dazu, daß an den Kosten für Besatzung, Wartung und Instandsetzung der Schiffe gespart wird. Der zunehmenden Risikobereitschaft der Reeder korrespondiert eine abnehmende oder sogar völlig fehlende Qualifikationssicherung der Besatzungen und der Schiffe. Daraus und aus dem dichter und schneller werdenden Schiffsverkehr resultiert eine höhere Unfallwahrscheinlichkeit. Die deutliche Zunahme der Zahl der schweren Orkane und der Windgeschwindigkeiten erhöht das Gefährdungspotential. Die vorhandenen Ölbekämpfungseinrichtungen sind bei Sturm unwirksam oder führen bei Einsatz von Chemikalien zu Folgeschäden.

Die vorhandenen Möglichkeiten zur Ölbekämpfung haben sich als unzureichend erwiesen. Ihre Verbesserung ist notwendig, Priorität muß aber die Vermeidung, die Abwehr von Unfällen haben.

Wir fordern daher wirksame organisatorische Vorsorgemaßnahmen zur Verbesserung des Küstenschutzes:

- verbindlich vorgeschriebene internationale Schifffahrtsrouten, Meldepflicht und Radar-, besser: GPS und satellitengestützte Überwachung
- die Ausdehnung der europäischen Hoheitsgewässer auf 12 sm,
- die Einrichtung einer europäischen Wirtschaftszone (200 sm)
- obligatorische Lotsenannahmepflicht in Küstennähe/Gefahrenzonen

Eine Gefährdungsanalyse für die Nord- und Ostsee muß die natürlichen Rahmenbedingungen für die Gefährdungsminderung aufzeigen.

II.

Viele Schiffe werden zunehmend weniger gewartet oder instandgesetzt, die Besatzungen sind aufgrund internationaler Zusammensetzung, teils schlechter Ausbildung und mangelnder Verständigung untereinander weniger qualifiziert. Ausfälle der Betriebsanlagen können oft nicht mehr behoben werden. Je größer die Tankladung, desto größer können der mögliche direkte Schaden und die ökologischen Folgeschäden sein.

Wir fordern deshalb eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Schiffssicherheit und der Besatzungsqualität:

1. Zur Qualitätssicherung der Technik sind erforderlich:

- Verpflichtung aller Flaggenstaaten auf IMO-Standards und deren Überprüfung
- wirksame Kontrolle der Vorschriften für technische Sicherheit
- Weiterentwicklung der technischen und konstruktiven Sicherheit im Tankerneubau
- Verkürzung der Übergangsfristen der IMO-Abkommen über Bau- und Zulassungsvorschriften sowie Einlaufvoraussetzungen in europäischen Häfen analog dem Oil Pollution Act der USA
- Tankergrößenbegrenzungen
- Redundanz der betriebswichtigen Systeme

2. Zur Qualitätssicherung der Besatzung und des Schiffsmanagements:

- Verpflichtung aller Flaggenstaaten auf IMO-Standards und deren Überprüfung
- Aus- und Weiterbildung der Besatzung gemäß technischem Fortschritt
- einheitliche Arbeitssprache an Bord und in der Schiff-Land-Kommunikation
- Gewährleistung bordsaitiger Wartung und Pflege der Betriebseinrichtungen
- obligatorische Schulung in Sicherheitsbereichen/-einrichtungen
- verbindliche Qualitätssicherung des Managements

III.

Da nicht allein das Alter der Schiffe oder die Nationalität der Besatzung, sondern deren Zustand und Qualifikation entscheidend für bestimmte Unfallwahrscheinlichkeiten sind, müssen die Anforderungen europaweit wirksam überprüft werden. Wir wollen, daß unsichere Tanker mit unqualifizierter Besatzung europäische Häfen nicht mehr anlaufen sollen. Deshalb fordern wir:

1. Die Verschärfung der Hafenstaatenkontrollen:

- tatsächliche Besatzungskontrollen
- Überprüfung der Schiffsbesatzungsvorschriften der jeweiligen Flaggenstaaten
- weitreichende Kompetenzen zur Verhängung von hohen Bußgeldern und Auslaufverboten bei Sicherheits-, Wartungs-, Instandsetzungsmängeln

- schnelle Informationsübermittlung in europäischen Häfen
 - Führung "schwarzer Listen" zur Verhängung von Einlaufverboten
2. Eine Überprüfung der Rolle und Wirksamkeit der Klassifikationsgesellschaften, um der Reduzierung der Sicherheit durch unkontrollierbaren Wettbewerb entgegenzuwirken.
- Einsatz von Besichtigungsteams (Versicherer, Regierung, Reeder) um deren Unabhängigkeit zu sichern
 - erhöhte Qualifizierung der Besichtigter
 - Stärkung der Kompetenz der Besichtigter gegenüber den Reedern
 - Reduzierung der Kompetenz der Besichtigter gegenüber den Hafenstaatenkontrollen

IV.

Zur Erhöhung der Sicherheit des Schiffsverkehrs in europäischen Gewässern bedarf die europäische Zusammenarbeit weiterer Verbesserungen. Dazu gehören

- die Einrichtung eines European Board of Maritime Transport Safety
- eine europäische Seeunfalluntersuchungskommission
- eine Unfallfolgenanalyse hinsichtlich der ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen Auswirkungen

V.

Die bestehenden Versicherungs-, Haftungs- und Schadensersatzregelungen wirken dem sicherheitsgefährdenden Unterbietungswettbewerb nicht entgegen, sondern fördern die Risikobereitschaft der Reeder. Sie müssen so umgestaltet werden, daß sie Sicherheit erzwingen.

- Die verschuldensunabhängigen Haftungsregelungen müssen über die zukünftig vorgesehenen 450 Mio DM hinaus so gestaltet werden, daß sie Ölkonzerne, Reeder und Ladungseigner in unbegrenzte gemeinsame Verantwortung nehmen.
- Ausweitung von Schadensersatzfonds hinsichtlich der Bekämpfung der Umweltschäden, der Sanierung betroffener Regionen und zum Aufbau einer neuen Existenzsicherung der betroffenen Bevölkerung (Einbeziehung der Flaggenstaaten durch Beitrag pro Schiff würde dem Billigregister entgegenwirken).
- Die Versicherungsprämien sollten das tatsächliche Sicherheitsrisiko angemessen widerspiegeln. Die daraus resultierende drastische Erhöhung der Transportkosten bei unsicheren Tankern würde zu einer schnellen Marktbereinigung führen.

(-/29. Januar 1993/rs/ks)

Verhandlungstisch nicht zum Stammtisch mutieren lassen
Zu den EG-kritischen Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten

Von Klaus Hänsch MdEP
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus sieht die Integration Europas zur bloßen Parole ohne klaren Inhalt verkommen. Grenzen gäben die so notwendige Identität. Bereits früher hat Vaclav Klaus wiederholt die Fortschritte zur europäischen Integration kritisiert und sie mit dem "falschen sozialistischen Internationalismus" gleichgesetzt. Er unterstellt der EG, daß sie sich auf die Eliminierung

nationaler Unterschiede gründe. Das Europäische Parlament, so behauptet der Ministerpräsident der tschechischen Republik, habe bei einem Beitritt osteuropäischer Staaten zur EG nichts zu sagen.

Klaus kann über die EG denken und sagen, was er will. Mit dieser Einstellung und diesem Grad an Unwissen wird er sein Land jedenfalls nicht in die EG führen. Der Regierungschef eines Landes, das mit der EG noch in diesem Jahr einen Assoziierungsvertrag schließen will, der ausdrücklich die Perspektive des EG-Beitritts für die tschechische Republik eröffnet, sollte wissen, daß sowohl die Assozierung wie ein späterer Beitritt vom Europäischen Parlament ratifiziert werden muß. Dafür ist die absolute Mehrheit in Straßburg erforderlich. Niemand wird die Tschechische Republik in die EG zwingen. Wer ihr aber beitreten will, tut gut daran, den Verhandlungstisch nicht zum Stammtisch mutieren zu lassen.

Auf der Basis der Unkenntnis Belehrungen zu erteilen, wirkt eher komisch und verbessert die Position der Tschechischen Republik in Ihren Beziehungen zur EG jedenfalls nicht.

(-/29. Januar 1993/rs/fr)

Prinzip "gewaltfreier Erziehung" in Verfassung aufnehmen
Zu einem Appell an die gemeinsame Kommission Verfassungsreform von Bundestag und Bundesrat

Von Judith Pauly-Bender MdL
Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Wir appellieren nachdrücklich an die gemeinsame Kommission Verfassungsreform von Bundestag und Bundesrat, sich für die Aufnahme des Prinzips "gewaltfreie Erziehung" in die neue bundesdeutsche Verfassung einzusetzen.

Mit Enttäuschung hatten die Hessen bereits vor einiger Zeit zur Kenntnis zu nehmen, daß der kinderfreundliche Vorschlag des hessischen Verfassungsbeirates in der Kommission Verfassungsreform des Bundesrates die nötige Mehrheit nicht gefunden hat.

Der hessische Vorschlag, der die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Bundesratskommission nicht gefunden hatte, spricht sich ausdrücklich dafür aus, ein Gebot, "Kinder sind gewaltfrei zu erziehen", in die deutsche Verfassung aufzunehmen. Ebenso hatte der hessische Verfassungsbeirat verlangt, die neue bundesdeutsche Verfassung solle festhalten, daß der Staat über das "Wohl der Kinder wache", "sie vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung und Mißhandlung" schütze, weiterhin aber auch, daß Kinderarbeit, die "deren Wohl widerspricht", verboten sei.

Jetzt bleibt nur noch einmal mit Nachdruck an die Adresse der gemeinsamen Kommission von Bundesrat und Bundestag zu appellieren, bei ihren im März diesen Jahres zu beschließenden Empfehlungen an den Deutschen Bundestag, die Kinderschutzinteressen doch noch aufzunehmen.

Wir hoffen, daß bis März der Druck für die ausdrückliche Aufnahme von Kinderrechten in die neue Verfassung, vor allem aber die ausdrückliche Aufnahme des Gewaltverbotes, noch einmal von unterschiedlicher Seite auf die gemeinsame Verfassungskommission kommt.

(-/29. Januar 1993/rs/ks)

Fähiger Innenpolitiker und volkstümlicher Demokrat
Zum Gedenken an Hermann Schmitt-Vockenhausen

**Von Dr. h.c. Annemarie Renger
Bundestagsvizepräsidentin a.D.**

Hermann Schmitt-Vockenhausen, der am 31. Januar 70 Jahre alt geworden wäre, zählte in den frühen Jahren des Deutschen Bundestages zu den fähigsten Innenpolitikern. Nachdem er im Herbst 1953 - mit 30 Jahren als zweitjüngster Abgeordneter - in das Parlament eingezogen war, machte er durch intensive, sachkundige Arbeit im Innenausschuß von sich reden. Bei den Beratungen über das Bundesleistungsgesetz konnte er als Berichterstatter wesentliche Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage erreichen. 1961 wurde er Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages und des Arbeitskreises II der SPD-Fraktion. Er setzte sich im Zusammenhang mit der Parlamentsreform für die Anhörungsverfahren - die Hearings - ein.

1963 vermochte er im Zusammenspiel mit Journalisten zweifelhafte Telefon-Abhörpraktiken von Verfassungsschützern zu enttarnen. In der Großen Koalition hatte er erheblichen Anteil am Zustandekommen einer, die alliierten Rechte ablösenden demokratischen Notstandsverfassung, was nicht nur ihm manche politische Gegnerschaft eintrug. Ende 1969 - bei der Bildung der sozial-liberalen Koalitionsregierung - galt er als Favorit für das Amt des Bundesinnenministers. Als die FDP dieses Ressort für sich beanspruchte, schrieb ihm Willy Brandt einen persönlichen Brief des Bedauerns. Seit 1969 übte "HSV" rund ein Jahrzehnt lang das Amt des Bundestagsvizepräsidenten aus, der Sitzungen ebenso humorvoll wie straff leitete; mit 320 Silben pro Minute war er schließlich der schnellste Redner des Bundestages.

Der Lehrersohn aus der Taunusgemeinde Vockenhausen war 1946 - beeindruckt von Kurt Schumachers These, daß man "aus dem Geist der Bergpredigt" ebenso wie aus humanistischen Beweggründen Sozialdemokrat werden könne - der SPD beigetreten. Auch als Bundestagsabgeordneter engagierte er sich über drei Jahrzehnte lang - und noch in seinem letzten Lebensjahr - in der Kommunalpolitik. Im Bundestagswahlkreis Groß-Gerau steigerte er seinen Stimmenanteil von anfänglich 37 auf über 50 Prozent. Als volkstümlicher Demokrat ließ er kein Volksfest und kein Fußballspiel aus, wenn "sein" Verein spielte. Daneben liebte er griechische und römische Klassiker, die er in seinem Verlag edierte. Ganz nebenbei wurde er noch 46jährig zum Dr. jur. promoviert.

Mitunter überforderte er seine Kräfte. So auch nach einer schweren Magenoperation, an deren Folgen er am 2. August 1979 in Koblenz verstarb.

(-/29. Januar 1993/rs/ks)
